

2012

„Jugendamt, Stadtteilmütter und Familien“
Ergebnisse eines Workshops in Berlin-Neukölln

**Bilder, Vorurteile und Ängste:
Ideen für eine bessere
Zusammenarbeit zwischen
Jugendamt und
Einwandererfamilien**

Claudia Dantschke, Ahmad Mansour,
Jochen Müller, Alper Taparli

Schriftenreihe
Zentrum
Demokratische
Kultur



Impressum

Autoren:

Jochen Müller, Alper Taparli, Claudia Dantschke, Ahmad Mansour

Redaktion:

Jochen Müller, Alper Taparli

Layout:

Ulrike Krause

Workshop: 23. November 2012 im Rahmen der Reihe „Islam in Berlin-Neukölln“

organisiert vom

**Zentrum Demokratische Kultur,
Arbeitsstelle Islamismus und Ultrationalismus (ASTIU)**

im Rahmen des Modellprojektes

*„Demokratie stärken – Auseinandersetzung mit Islamismus
und Ultrationalismus“*

Claudia Dantschke (Projektleitung)

Ahmad Mansour, Dr. Jochen Müller, Alper Taparli

Herausgeber:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Geschäftsführer: Bernd Wagner

Telefon: +49 (0)30 42018 690

Telefax: +49 (0)30 42018 508

info@zentrum-demokratische-kultur.de

www.zentrum-demokratische-kultur.de

INHALT

1.	Das Jugendamt, die Stadtteilmütter und Neuköllner Familien	4
	Aus der Einladung:.....	5
2.	Der Workshop.....	6
3.	Ergebnisse der Arbeitsgruppen	7
	3.1 Warum meiden viele das Jugendamt?	7
	3.2 Welche Ressourcen gibt es in den Familien?	8
	3.3 Wie können Stadtteilmütter und Jugendamt das Bild des Jugendamts verbessern und Familien besser erreichen?.....	10
4.	FAZIT	11
ANHANG		13
	Pflegekinder als Politikum	13
Literatur.....		15

1. Das Jugendamt, die Stadtteilmütter und Neuköllner Familien

„Das Jugendamt nimmt einem die Kinder weg“, so lässt sich kurz das Bild und die Angst zusammenfassen, die viele Neuköllner Familien mit Migrationshintergrund mit einer Behörde verbinden, die dem Schutz von Kindern und Jugendlichen dienen soll. Zwar entspricht dieses Bild durchaus landläufigen und tief verwurzelten negativen Vorstellungen von der Arbeit des Jugendamtes. Das Ausmaß an Uninformiertheit, Vorurteilen und Ängsten unter meist sozial schwachen Familien mit Migrationshintergrund übersteigt diese aber noch. Dazu trägt auch die Medienberichterstattung etwa in türkischen und arabischen Medien bei: Regelmäßig wird hier darüber berichtet, dass Jugendämter in Deutschland „muslimischen“ Familien die Kinder wegnähmen, um sie in kulturfremden oder „christlichen“ Familien unterzubringen. Solche Berichterstattung findet große Resonanz unter Migranten in Deutschland. So wussten arabische Stadtteilmütter von aktuellen Berichten über Berliner Jugendämter in libanesischen Medien zu berichten. Deren Unterton lautet nicht selten: In Deutschland sollen Muslime „assimiliert“ werden, wie es der türkische Ministerpräsident Erdogan einmal formuliert hatte. Auch eine aktuelle Kampagne der IGMG, dem zweitgrößten Dachverband türkischstämmiger Muslime in Deutschland, hat sich zuletzt des Themas Pflegekinder angenommen. Geworben wird hier dafür, dass sich mehr muslimische Familien als Pflegefamilien zur Verfügung stellen, damit Kinder, die in Obhut genommen werden, nicht ihrer Herkunft entfremdet würden. (mehr dazu s. Anlage)

Gegen Ängste vor der „Wegnahme“ der Kinder kommt das Jugendamt nicht an – auch nicht in Berlin Neukölln. So berichten selbst Stadtteilmütter regelmäßig davon, dass sie in ihrer Arbeit mit und in Neuköllner Familien sehr darauf achten müssen, nicht als „Agenten“ des Jugendamts wahrgenommen zu werden. Dabei könnten sie doch ein Scharnier zwischen migrantischen Familien und der staatlichen Behörde darstellen und die offenbar tiefen Gräben und Missverständnisse überbrücken helfen.

Vor diesem Hintergrund organisierte und moderierte das ZDK (Zentrum Demokratische Kultur Berlin) eine Begegnung zwischen Neuköllner Stadtteilmüttern und

Vertreter/innen des Jugendamts: Nach einigen Vorbereitungsgesprächen mit den Akteuren trafen sich am Freitag, dem 23.11. 2012, in einer Einrichtung des Bezirksamts Neukölln etwa 30 Stadtteilmütter und 16 Vertreter/innen verschiedener Abteilungen des Neuköllner Jugendamts, um sich in einem Workshop besser kennenzulernen, auszutauschen und darüber nachzudenken, ob und wie eine engere Zusammenarbeit denkbar sei.

Aus der Einladung:

„Viele Neuköllner Familien mit Migrationshintergrund wissen nicht, welche Aufgaben das Jugendamt hat. Und trotz der Bemühungen um die Familien stößt das Jugendamt bei nicht wenigen von ihnen auf Misstrauen: Für sie ist das Jugendamt die staatliche Behörde, die ´einem die Kinder wegnimmt´. Schlechte Nachrichten verbreiten sich schnell, von den Leistungen des Jugendamts spricht man weniger. Vor diesem Hintergrund möchten wir Vertreter/innen des Jugendamt einladen zu einem Workshop, in dem wir gemeinsam mit Neuköllner Stadtteilmüttern darüber sprechen wollen, warum das so ist, wie sich das Bild des Jugendamtes verändern und seine Arbeit erleichtern ließe.

Die Stadtteilmütter sind selbst Frauen mit Migrationshintergrund und in ihrer täglichen Arbeit sehr ´nahe dran´ an den Familien. So bietet der Workshop zum einen die Gelegenheit, im offenen Gespräch Fragen zu stellen – z.B. darüber, wie die Familien leben, welche Erziehungsmethoden vorherrschen, woher Misstrauen und Ängste vieler Familien kommen, so dass viele jeden Kontakt mit dem Jugendamt vermeiden und sehr schwer zu erreichen sind. Zum anderen können die Stadtteilmütter in den Familien und in der Community einen wichtigen Beitrag leisten, das Image des Jugendamts zu verbessern. Dazu brauchen sie Informationen und den persönlichen Kontakt mit Jugendamts-Mitarbeitern. Im direkten Gespräch sollen daher Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden und wir können über Mittel und Wege nachdenken, wie wir die Familien besser ansprechen, erreichen und unterstützen können.“

2. Der Workshop

In einer einleitenden kleinen Theatervorstellung gaben Stadtteilmütter Einblick in ihre Arbeit und die alltäglichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu tun haben, wenn sie sich in mühevoller Kleinarbeit darum bemühen, Vertrauen zu gewinnen und einen Zugang zu Familien zu finden: Es gilt Ängste und Misstrauen seitens der Familien und insbesondere auch vieler Ehemänner zu überwinden, die es nicht immer gerne sehen, wenn ihre Frauen Kontakte außerhalb der Familie herstellen.



Rollenspiel: aus der Arbeit und den Erfahrungen der Stadtteilmütter

Anschließend stellte Marianne Sigwarth vom Jugendamt Berlin-Neukölln kurz die Struktur, die für viele Teilnehmer/innen überraschend vielfältigen Aufgaben- und Arbeitsgebiete und die Vorgaben und Regeln vor, denen die Arbeit des Jugendamts folgt und verpflichtet ist: Oberstes Ziel ist hier immer das Wohl des einzelnen Kindes. Dazu wird die Familie gestärkt und erhält Unterstützung. Nur im allerletzten Schritt erfolgt eine „Inobhutnahme“ wenn Kinder zu ihrem Schutz aus der Familie genommen werden müssen.

In den anschließenden Workshop-Runden ging es in Arbeitsgruppen um die folgenden Fragen:

1. Warum meiden viele Familien das Jugendamt?
2. Welche Ressourcen gibt es in den Familien?
3. Wie können Jugendamt und Stadtteilmütter das Bild des Jugendamts verbessern und die Familien besser erreichen?

3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

3.1 Warum meiden viele das Jugendamt?

- Das Jugendamt hat einen schlechten Ruf. Viele Familien haben Angst vor dem bürokratischen Apparat, vor Diskriminierungen und Unverständnis seitens Jugendamts-Mitarbeiter/innen und davor, „die Kinder zu verlieren“.
- Das verzerrte Bild vom Jugendamt ist meist von Unwissen geprägt: Die umfangreichen Aufgaben und Leistungen des Jugendamts sind nicht bekannt. Unbekannt und eher von Gerüchten geprägt sind auch die jeweiligen Gründe für Inobhutnahmen – ebenso, dass diese erst nach einer ganzen Reihe von Gesprächen und Unterstützungsangeboten für problembelastete Familien und im engen Rahmen gesetzlicher Vorgaben erfolgen.
- Gründe dafür sind u.a.: 1.) Unzureichende Bemühungen um positive und ansprechende Selbstdarstellung des Jugendamts bei ihren „Klienten“; 2.) Unsicherheit, Hilflosigkeit und Überforderung im Umgang mit einer Behörde, die dann lieber gemieden wird; 3.) Das Jugendamt ist eine staatliche Behörde und gegenüber dem Staat besteht oft großes Misstrauen (aufgrund von Erfahrungen in Herkunftsländern aber auch in Deutschland); 4.) Familien betrachten staatliche Intervention als Einmischung in private (=familiäre) Angelegenheiten; 5.) Unwissen geht einher mit großer Offenheit für Gerüchte v.a. hinsichtlich vermeintlicher staatlicher Willkür.
- Probleme in den Familien werden geleugnet bzw. nicht als solche wahrgenommen: z.B. wird Gewalt mitunter als „normal“ angesehen. Auch bestehen

hier teils große Unterschiede in der Bewertung bzw. dem Problembewusstsein: Eltern behaupten, dass sie schon bei einem „Klapps auf den Po“ Probleme mit Behörden bekommen könnten; oder, dass ihre Kinder das Jugendamt gegen sie einsetzen würden: „Wenn ich nicht nachts raus darf, melde ich dem Jugendamt, dass Ihr...“. Solche Gerüchte legitimieren, den Kontakt mit dem Jugendamt zu meiden; und sie sollen (etwa im Fall von Inobhutnahmen) dazu dienen, eigene Überforderung und eigenes Scheitern zu kaschieren.

- Die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen ist vielen peinlich (auch in der eigenen Community). Lieber verschweigt man Probleme (die mit dem Auftauchen des Jugendamts offenkundig würden) und/oder richtet sich mit einem Feindbild vom Jugendamt ein.
- So berichteten Mitarbeiter/innen des Jugendamts, dass etwa Eltern mit behinderten Kindern große Probleme hätten, weil es weder Familie noch Community gerne sähen, wenn diese nach Unterstützung außerhalb der Familien suchen.
- Väter fallen als Ansprechpartner oft aus, weil viele die Kindererziehung weitgehend den Frauen überlassen, die damit oft überfordert sind, sich mit Behörden nicht genügend auskennen und/oder nicht als schlechte Mütter dastehen wollen, wenn sie Rat und Unterstützung suchen.

3.2 Welche Ressourcen gibt es in den Familien?

- Liebe und Interesse für die Kinder in den Familien: alle wollen selbstverständlich „das Beste“ für ihre Kinder (auch wenn „das Beste“ unterschiedlich definiert sein mag).
- Die Erwartungen an die Kinder (Bsp. Bildung) sind hoch (stehen allerdings oft im Missverhältnis zu den Realitäten bzw. Willen und Möglichkeiten, die Kinder darin zu unterstützen).
- Es gibt durchaus ein Interesse an Hilfen und Unterstützungen (Frage ist, wie diese in akzeptabler Form „an den Mann und die Frau“ gebracht werden können).

- Von entsprechenden Bildungsangeboten könnten Mütter direkt profitieren, die oft die Hauptverantwortung für die Kindererziehung tragen.
- Das Gemeinschaftsgefühl ist in migrantischen Communities oft stark ausgeprägt. Die Großfamilie bietet die Gelegenheit, mehrere Familienmitglieder anzusprechen oder über die Kernfamilie hinaus Einfluss zu nehmen (Bsp. Familienrat).
- Väter sind eine in mehrfacher Hinsicht „brachliegende“ Ressource in vielen Familien. Sie könnten stärker in Fragen der Erziehung einbezogen und explizit angesprochen werden.
- Einstellungen und Haltungen in den Familien sind nicht statisch, sondern können durch Information, Aufklärung und positive Erfahrungen verändert werden. (Das müsste Jugendamts-Mitarbeiter/innen stärker bewusst werden, die oft von unveränderbaren - weil vermeintlich religiös oder traditionell bedingten – Haltungen ausgehen.)

Left Page Notes:

Rolle der Sozialmutter zwischen
Jugendamt → Familien
Möglichkeiten Grenzen

- "deutsche" STM (auch gegen Vorurteil) + ST-Väter } rel. Konzeption JAschicht STM

- STM als Vorstufe ↳ Präventionskette

- 5.000 Familien

- noch mehr Infos von JF um STM + entsprechende JF-Selbstdarstellung

STM: Prävention durch Information

Right Page Notes (Mind Map):

Familien

Probleme

- Schule: Kinders im Eltern Projekt → Lehrer (Gemein) ↳ JF
- Eltern schockiert ↳ Transparenz?
- Hilfe = painlich ↳ Selbstcommunity ↳ Umsetzen ↳ "moralisch sinnvoll" ↳ JF kommt stark
- ↳ Eltern befragen ↳ Was soll JF machen?

Ressourcen

- Einsicht i. d. Notwendigkeit von Bildung
- Liebe + Zuneigung für die Kinder ⇒ alle wollen das "Beste" für die Kinder
- Gemeinschaft i. d. Familie ↳ Familienrat

3.3 Wie können Stadtteilmütter und Jugendamt das Bild des Jugendamts verbessern und Familien besser erreichen?

- Die **Stadtteilmütter** haben teils ähnliche Biografien und Erfahrungen wie ihr Klientel. Sie sprechen die gleiche Sprache: herkunfts- und milieubedingt. Das weckt Vertrauen und schafft eine Gesprächsbasis.
- Die Stadtteilmütter sind in direktem oder indirektem Kontakt mit 5.000 Familien in Neukölln. Das ist eine gute Voraussetzung, um Informationen zu verbreiten und Ängste abzubauen.
- Sie sind nah dran an den Familien, können Eltern und Familien für Probleme sensibilisieren und individuelle Motivationen erkennen und fördern, ohne sie zu bevormunden.
- Auf Augenhöhe können sie Ratschläge geben (wie Einsparungen im Haushalt), Optionen aufzeigen (wie Umwelt-Ferienpass) und Angebote (auch des Jugendamts) unterbreiten (Familienhilfe, Erziehungsberatung, Krabbelgruppenplatz...), die von ihnen leichter angenommen werden.
- Durch Information und Vermittlung von Unterstützungsangeboten können die Stadtteilmütter präventiv wirksam werden (Stichwort: Präventionskette), z.B. indem sie Schwellenängste überwinden helfen, damit sich Familien früher an unterstützende Stellen wenden und Angebote in Anspruch nehmen.
- Dazu müssten die Stadtteilmütter u.a. stärker durch das Jugendamt informiert und involviert werden. (Das Jugendamt Kreuzberg bindet die Stadtteilmütter im Rahmen der Prävention direkt ein.)
- Hilfreich bei der „Erschließung“ der Zielgruppen könnte die Einbindung von „**Stadtteilverätern**“ sein. Ebenso könnten „**deutsche**“ **Stadtteilmütter** dem Bild entgegenwirken, hier ginge es speziell um Probleme bei „Migranten“.
- Dem **Jugendamt** mangelt es an ansprechender, verständlicher und kultursensibler Selbstdarstellung. Flyer müssten entsprechend gestaltet sein. In einer „Kampagne“ müssten z.B. Leistungen/Einrichtungen des Jugendamts präsentiert werden, die viele nutzen, ohne sie mit dem Jugendamt in Verbindung zu bringen (Jugendzentren, Kitas etc.). Die Hilfsangebote müssten dabei im Mittelpunkt, der „Amtscharakter“ des Jugendamts im Hintergrund stehen.

- Dabei könnte noch mehr Wert auf den Sprachgebrauch gelegt und jede Form ausschließender und indirekt damit abwertender Formulierungen („Wir“ und „Ihr“) vermieden werden.
- Positive Beispiele müssten vom Jugendamt stärker hervorgehoben und an geeigneter Stelle präsentiert werden.
- Das Jugendamt muss in den Einrichtungen präsenter sein. Die Stadtteilmütter könnten das Jugendamt bei der Identifizierung geeigneter Räume, Einrichtungen und Gelegenheiten zur Ansprache von Zielgruppen unterstützen.
- Dazu können auch Elternabende/Elterncafés in Schulen dienen, auf denen die Arbeit des Jugendamts vorgestellt wird. (Auch hier können die Stadtteilmütter ggf. vermitteln und anbahnen.)
- Als erster Schritt müssten Stadtteilmütter und Mitarbeiter/innen des Jugendamts sich noch mehr austauschen, sich besser „kennenzulernen“ und Vertrauen aufbauen. Das ist die Voraussetzung, um im Sinne der Familien enger und zielgerichtet kooperieren zu können.

4. FAZIT

Das Jugendamt bietet bei vielen Problemen und in unterschiedlichen Krisensituationen Informationen, Unterstützungen und vorbeugende Leistungen an – z. B. in Fragen der Erziehung oder zur Gewaltprävention. Diese Leistungen können oft nicht genügend an die Familien vermittelt werden, um wirksam werden zu können. Vor diesem Hintergrund sollte sich das Jugendamt noch intensiver um eine bessere Darstellung seiner Tätigkeiten und Leistungen bemühen. Dazu können die Stadtteilmütter beitragen. Auch durch eine Erweiterung ihrer Arbeitsbereiche und Aufgabengebiete sowie der Aufwertung ihrer Tätigkeiten und Kompetenzen könnten die Stadtteilmütter einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Arbeit des Jugendamts leisten. Dazu müssten Jugendamt und Stadtteilmütter zunächst Arbeitsfelder definieren, in denen beide Akteure im Bezirk enger kooperieren können. („Wir müssten mehr Zeit mit den Familien verbringen können, wenn wir wirklich etwas verändern wollen“, erklärte im Workshop eine der Stadtteilmütter,

die auch außerhalb ihrer Arbeitszeiten anderen Müttern hilft, Kontakt zu Behörden und Einrichtungen herzustellen.)

Dabei sollten die Stadtteilmütter unabhängig bleiben und nicht als Anhängsel des Jugendamts wahrgenommen werden. Dennoch sollte mittelfristig eine solche Kooperation nicht unbedingt „geheim gehalten“, sondern offensiv vertreten werden: „Jugendamt, wir arbeiten in bestimmten Bereichen zusammen, weil wir es für sinnvoll halten und es den Familien zugutekommt.“

Noch bei den Vorbereitungstreffen zur Veranstaltung wurde deutlich, dass sich Stadtteilmütter und das Jugendamt eine engere Zusammenarbeit nur schwer vorstellen können. Im Laufe des Workshops veränderte sich diese Haltung. In der abschließenden Plenumsrunde hieß es, dass die Begegnung und das Gespräch auf Augenhöhe wesentlich dazu beigetragen haben, dass man sich im Rahmen des Workshops zuhören konnte und auf diese Weise das Wissen und der Respekt vor der Arbeit „der anderen“ deutlich gewachsen sei.

ANHANG

Pflegekinder als Politikum

Auch in arabischen und türkischen Medien sind die deutschen Jugendämter immer wieder Thema. Sie würden, so heißt es in manchmal reißerischer Form, türkische, arabische und muslimische Kinder ihren Familien „*entreißen*“ (türk.: el koymak) und in „*deutsche*“ Pflegefamilien geben, in denen sie fern ihrer Religion und Kultur erzogen würden. Zuletzt sind die Jugendämter sogar zu einem wichtigen Aspekt deutsch-türkischer Beziehungen geworden: Seit Anfang 2012 erscheinen Artikel in Zeitschriften und Zeitungen für Türkeistämmige Leser/innen, in denen die Arbeitsweise der Jugendämter in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland kritisiert wird. Noch bis vor ein paar Jahren war das Thema lediglich von streng muslimischen oder islamistischen Gruppen und Medien (wie der Zeitung *Vakit*) besetzt worden. Inzwischen haben sich andere und auch die türkische Regierung des Themas angenommen. So erschien in der Quartalszeitschrift „ARTI90“ (Zeitschrift der Abteilung für Auslandstürken der türkischen Regierung) im April 2012 ein Artikel mit dem Titel „Ich will mein Kind zurück“. Im Vorspann heißt es:

„Die Stimmen tausender türkischer Familien vereinen sich zu einem Aufschrei: Jugendamt gib mir mein Kind zurück! Tausende türkische Kinder werden offenbar willkürlich ihren Familien entrissen und von Pflegefamilien erzogen, die nichts mit der türkischen Kultur, den Moralvorstellungen oder der Religion zu tun haben. Dies führt zu berechtigten Reaktionen der Familien.“¹

In Deutschland startete jetzt die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) eine Kampagne, mit der muslimische Familien türkischer Herkunft aufgerufen werden, sich als Pflegefamilien anzubieten. Die IGMG Monatszeitschrift „*Perspektif*“ veröffentlichte dazu im Dezember 2012 zwei Beiträge². Ein Experteninterview unter dem Titel „*24% der bundesweit in Obhut genommenen Kinder sind nichtdeutscher Herkunft*“ mündet in der Forderung, bei der Unterbringung in Obhut genommener Kinder, deren kulturelle Herkunft und Religion besonders zu beachten. Die Expertin verweist darauf, dass bei längerem Aufenthalt eines Kindes in einer „*fremden Familie*“, eine kulturelle und sprachliche Kluft zwischen den leiblichen Eltern und dem Kind entstünde, die nicht mehr zu überbrücken wäre.

Allerdings entstehen solche Entfremdungsprozesse zur Herkunftsfamilie selbst

¹ ARTI90, April 2012, S. 30

² *Perspektif*, Nr.216, S. 38-55

dann, wenn auch die Pflegefamilie türkischer Herkunft ist. Das wird in der Berichterstattung ausgeklammert und stattdessen eine vor allem religiös, kulturell uns national bedingte Identität der Kinder behauptet, die es zu erhalten gelte. Dennoch zielt die Kampagne auch in eine positive Richtung: Nämlich für mehr türkischstämmige Pflegefamilien für Kinder zu werben. Ein Interview in „Perspektif“ mit einem muslimischen Ehepaar, dass die Pflege von zwei Kindern übernommen hat, belegt dies: *„Damit türkische Kinder nicht fern von ihrer eigenen Sprache, Kultur und Religion aufwachsen, brauchen wir muslimische Familien, die sich als Pflegefamilien bewerben“*, heißt es darin. Dazu werden die Voraussetzungen und der Weg skizziert, wie man zur Pflegefamilie werden kann.

Teil dieser Kampagne sind auch die Moscheen. So wurde das Thema Pflegekinder im Dezember 2012 in der von der IGMG für alle zugehörigen Moscheen bereitgestellten Freitagspredigt aufgegriffen. Hier wird unter Bezug auf religiöse Quellen an muslimische Familien appelliert, sich als Pflegefamilien zu engagieren³.

Türkische Politiker, aber auch muslimische Verbände in Deutschland wollen also, dass Kinder aus muslimischen Familien auch an muslimische Pflegefamilien vermittelt werden sollten. Der Aufruf an Muslime in Deutschland, Pflegefamilie zu werden, ist da nahe liegend. Allerdings wird das Thema zur ideologisch motivierten Stimmungsmache missbraucht, wenn den Jugendämtern zwischen den Zeilen unterstellt wird, „*muslimische*“ oder „*türkische*“ Kinder aus ihrer Umgebung zu reißen, um sie dieser zu entfremden und zu assimilieren, also zu „*Deutschen*“ zu machen. Dabei suchen die Jugendämter selbst nach arabisch- oder türkischstämmigen Pflegefamilien. Vielleicht sollten sie sich der IGMG-Kampagne anschließen – oder eine eigene starten.

³ Wortlaut der Predigt:

www.igmg.org/uploads/media/Hutba_07.12.2012_Muslimische_Pflegefamilien.pdf

Literatur

Mafaalani/Toprak: Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland. Lebenswelten, Denkmuster, Herausforderungen, Bestellung kostenlos unter: www.kas.de/wf/de/33.28612/

Toprak, Ahmet: „Unsere Ehre ist uns heilig“: Muslimische Familien in Deutschland, Verlag Herder; Januar 2012

Publikationen Schriftenreihe ZDK gGmbH

Publikationen *Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur*

Arbeitsstelle Islamismus / Ultranationalismus (ASTIU)

Dantschke, Mansour, Müller, Serbest: „Ich lebe nur für Allah“ – Argumente und Anziehungskraft des Salafismus. Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur, September 2011

Dantschke, Claudia: Familien stärken – gegen Extremismus und Gewalt, Die speziellen Anforderungen im Kontext Türkischer Ultranationalismus und Islamismus. Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur, Juli 2010

Anforderungen dieser Broschüren unter: info@zentrum-demokratische-kultur.de gegen Schutzgebühr



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„Initiative Demokratie Stärken“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

